# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 68. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 20. März 1928


## Handwerkerwünsche.

Von einer Seite, die dem Handwerk nahesteht, wird geschrieben:

Wie alljährlich, fanden auch in diesem Jahre im Reichstag und auch im Preußischen Landtag Handwerksdebatten statt, die in diesem Jahre von besonderer Bedeutung sind, denn die Wahlen stehen vor der Tür und das ist für das Handwerk Veranlassung, diese Debatten mit besonderer Sorgfalt zu verfolgen.

Man entsinnt sich, daß einmal der Vertreter des Reichswirtschaftsministers in einer Handwerkerversammlung einen so unfreundlichen Empfang hatte, daß er sein Referat unterbrach und die Versammlung verließ. Ein solches Schicksal wird der jetzige Reichswirtschaftsminister kaum finden. Er hat schon häufiger über Mittelstandspolitik gesprochen. Aus seinen letzten Ausführungen wird man zu unterstreichen haben, daß sich das Handwerk auf dem Stande von 1927 gehalten hat und noch immer ein Drittel aller Erwerbstätigen umfaßt. Dies ist wichtig, wenn man an die Prophezeiungen denkt, die dem Handwerk einen baldigen sanften Tod voraussagten.

Es ist gewiß erfreulich, wenn der Reichswirtschaftsminister weiter lebhaft bedauert, daß die Handwerksnovelle, die die Selbständigkeit der Handwerkskammern regeln und eine Handwerkerrolle schaffen sollte, noch immer nicht verabschiedet ist. Allein mit dem Bedauern ist dem Handwerk auch nicht gedient. Die Reichsregierung hat davon Abstand genommen, diese Vorlage in das Notprogramm mit aufzunehmen, und das Handwerk kann nicht anders, als der Regierung die Verantwortung dafür zuzuschieben. Es ist viel Bitterkeit in dieser Feststellung, denn man denkt doch natürlich auch daran, welche großen Hoffnungen an diese Novelle geknüpft waren und wie allmählich eine Erwartung nach der anderen welkte, und nun — wird vertagt!

Weiter ist anzuerkennen, daß man 100 000 Mark für das Institut für deutsche Handwerkswissenschaft bewilligt hat. Wir sind bereit, dies gern anzuerkennen, nur — Vergleiche darf man nicht anstellen. Wie splendid war man bei dem Reichsforschungsinstitut für wirtschaftliches Bauen! Das Handwerk neidet ihm diese Zuwendung nicht, es will nur darauf hinweisen, daß diese 100 000-Mark-Zuwendung, die auf drei Institute verteilt wird, doch eigentlich ein wenig gering ist. Wie gesagt, man ist dem Reichswirtschaftsminister durchaus dankbar für das, was er dem Handwerk in seiner Rede präsentiert, aber als Mangel erscheint es doch, wenn er weder von der Betätigung der öffentlichen Hand noch von der Vergebung von Reichs- und Staatsaufträgen an das Handwerk sprach, sondern sich mit dem Hinweis auf seine frühere Stellungnahme begnügte. Diese beiden Fragen erscheinen als außerordentlich wichtig, wenn man daran denkt, daß die Steuerlasten das Handwerk noch immer stark treffen. Die Forderung des Handwerks, die Gewerbesteuer entweder zu beseitigen oder ihr wenigstens die Eigenschaft als Sondersteuer zu nehmen, ist so bekannt, daß hier nur darauf hingewiesen zu werden braucht. Das Handwerk erkennt die Notwendigkeit sozialpolitischer Fürsorge grundsätzlich an, es fordert aber auch, daß man mehr als bisher auf die besonderen Verhältnisse und die Leistungsfähigkeit des Handwerks Rücksicht nimmt. Und schließlich ist von einer Lösung der Kreditfrage so gut wie gar nicht gesprochen. Diese Frage ist zurzeit schmerzlich akut. Das Handwerk leidet unter den schlechten Zahlungseingängen schwer. Die dem Mittelstand dienenden Kreditorganisationen müssen endlich einmal ausgebaut werden. Es genügt nicht, nur den von der Landwirtschaft getroffenen Teilen des Handwerks zu helfen. Schließlich sind die Forderungen der Handwerksgruppen nicht berücksichtigt, die auf Verbesserung der Reichsverdingungsordnung hinzielen, und jene, die eine ähnliche Verdingungsordnung für Lieferungen und Leistungen außerhalb des Baufaches anstreben. Denn wenn die Reichsverdingungsordnung auch kein Ideal ist, sie ist immerhin eine Verbesserung gegenüber den bisherigen Vergebungsarten.

Leider verhindert die bevorstehende Auflösung des Reichstages eine weitere Behandlung dieses Fragenkomplexes und das ist im Interesse des Handwerks zu bedauern.

Auch der Preußische Landtag hat seinen Handwerkertag gehabt und hierbei hat Handelsminister Dr. Schreiber einige Zusagen gemacht. Vor allem scheint die Zusage als wichtig, daß den schwächeren Gewerben im Verwaltungswege jede mögliche Förderung zuteil werden solle. Es ist interessant, einen Blick auf die im preußischen Handelsministerium am 1. Oktober eingerichtete Abteilung für Handwerk, Einzelhandel und Genossenschaftswesen zu werfen. Wie deren Leiter, Ministerialrat Schindler, mitteilt, hat man mit dieser Abteilung recht gute Erfahrungen gemacht. Sie ist durch Neugliederung der Abteilung für Berufsschulwesen und Gewerbeförderung in eine Unterabteilung für Berufs- und Fachschulwesen und in eine Unterabteilung für Handwerk, Einzelhandel und Genossenschaftswesen unter Leitung des Ministerialrates Schindler entstanden. Auch hier bedauert man die Verzögerung der Verabschiedung der Handwerkernovelle auf das lebhafteste. Die Erfahrungen, die man an dieser Stelle mit dem Handwerk gemacht hat, sind so gute, daß man den Handwerkskammern das gleiche Recht wie den Handelskammern, direkte Unterstellung unter den Minister, wünscht. Sie seien, so betont man, nun alt genug, sich genau so zu bewegen und genau so zu verwalten wie die Handelskammern. Man ist der grundsätzlichen Ansicht, daß die Staatsaufsicht bei den Organen des Handwerks genau so notwendig ist wie bei Handel und Industrie, aber man ist auch der Meinung, daß die Staatsaufsicht so gestaltet werden muß, daß sich die Beaufsichtigten dabei wohl fühlen können. Die Selbstverwaltung, so wie sie bisher geübt wurde, hat sich auch nach Ansicht des Ministers durchaus bewährt. Mit den seit 1921 paritätisch zusammengesetzten Landesgewerbeämtern hat man sehr gute Erfahrungen gemacht. Mit ganz wenigen Ausnahmen konnte den Voten seitens des Ministeriums zugestimmt werden. Die paritätische Zusammensetzung ist vom Handwerk nicht ohne Widerspruch hingenommen und wird auch heute noch stark kritisiert. Vor allem weist man darauf hin, daß ein großer Teil der kleinen Handwerksbetriebe ohne Gehilfen arbeitet, daß also bei paritätischer Besetzung dem selbständigen Handwerk nicht Genüge getan wird.

# Die Verhaftungen im Donezgebiet

## Mehrere Deutsche in Rußland befreit.

Sechzig Personen im Gefängnis.

**Schon zum Wochenende ist bekanntgeworden, daß zwei der in Rußland verhafteten deutschen Ingenieure und Monteure wieder in Freiheit gesetzt worden sind. Einer von ihnen, der Oberingenieur Goldstein, hat seine baldige Ankunft in Berlin angekündigt. Über die eigentlichen Ursachen zu dem aufsehenerregenden Vorgehen der Sowjetbehörden ist auch bis zur Stunde noch nichts bekanntgeworden. Insgesamt sollen wegen angeblicher gegenrevolutionärer Umtriebe sechzig Personen in Haft genommen worden sein, darunter die Deutschen. Die Untersuchung wird von den Charkower Behörden durchgeführt und soll nach Auskunft des Staatsanwalts so beschleunigt werden, daß der Prozeß Mitte April stattfinden kann. Der Prozeß wird vor dem Moskauer Obergericht geführt werden.**

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, hat auf Weisung des Auswärtigen Amtes gefordert, daß für die verhafteten deutschen Ingenieure deutsche Verteidiger zugelassen werden; ferner, daß Beamten der deutschen Botschaft oder des Generalgouvernements Charkow der Zutritt zu den Verhafteten gestattet werde. Diese Forderung hat der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, in seiner letzten Besprechung mit dem Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau abgelehnt. Er hat sich dabei auf die russischen Strafprozeßvorschriften berufen und erklärt, daß es deutschen Beamten nicht gestattet werden könne, sich mit den verhafteten Ingenieuren in Verbindung zu setzen, solange die Untersuchung nicht abgeschlossen sei.

### Wie Goldstein befreit wurde.

Vor der Enthaftung des Oberingenieurs Goldstein begaben sich Vertreter der Staatsanwaltschaft in das Gefängnis in Rostow, in dem sich die deutschen Ingenieure in Haft befinden, und benachrichtigten Goldstein davon, daß er aus der Haft entlassen und aus der Sowjetunion ausgewiesen sei. Goldstein begab sich sofort nach Moskau. Der gleichfalls freigelassene Monteur Wagner ist ebenfalls von Rostow nach Moskau abgereist und verläßt zusammen mit Goldstein sofort das Gebiet der Sowjetunion. Aus gut unterrichteter Quelle wird mitgeteilt, daß der Prozeß wegen der Donezangelegenheit am 14. Mai in Moskau unter dem Vorsitz von Ulrich, dem Vorsitzenden des obersten Gerichts der Sowjetunion, stattfinden wird. Zusammen mit den beiden deutschen Ingenieuren Goldstein und Wagner sind auch vier russische Spezialisten auf freien Fuß gesetzt worden.

Überall in Versammlungen und Betrieben in Rußland hat eine scharfe Stimmungsmache eingesetzt. Unzählige Resolutionen werden gefaßt; in Leningrad beispielsweise haben etwa 200 000 Arbeiter gegen Frankreich, vor allen Dingen aber gegen Deutschland wegen „unbegründeten Abbruchs der wirtschaftlichen Verhandlungen" demonstriert. Die russische Presse führt eine scharfe, Deutschland abgeneigte Sprache.

### Was ein Augenzeuge berichtet.

Der Diplomingenieur und Wärmetechniker Hermann Hille, dessen Name im Zusammenhang mit den Verhaftungen der deutschen Ingenieure in Rußland genannt wurde, traf in Berlin ein. Hille war Zeuge der Verhaftung des Oberingenieurs Franz Goldstein und des Monteurs Wagner. Hille erzählt, daß die Verhaftungen ohne Brutalitäten erfolgt seien und daß man annehmen dürfe, daß die verhafteten Ingenieure und Monteure nicht aufgesprochen Not leiden. Die übrigen deutschen Ingenieure und Monteure hätten angesichts der obwaltenden Verhältnisse nach den Verhaftungen ihrer Kollegen die Arbeit niedergelegt. Die Betriebsverhältnisse im Donezgebiet seien ungemein schwierig. Es herrsche ziemliche Unordnung an allen Ecken und Enden und so sei es nicht verwunderlich, daß die Arbeit stocke.

Hille ist nach der Verhaftung seiner Kollegen nach Charkow gereist, um Befreiungsversuche zu unternehmen, die erfolglos verliefen. Zurückgekehrt nach seinem Wohnorte, fand er alle Deutschen in zweitägigem Proteststreik. Darüber hinaus haben die Monteure der A. E. G. weitergestreikt. Sie haben erklärt, es sei ihnen gleich, ob es sich hier um Ingenieure oder um Monteure handele; ausschlaggebend sei, daß es sich um Deutsche handele. Aus diesem Grunde würden sie nicht eher die Arbeit wiederaufnehmen, als bis ihre Landsleute wieder in Freiheit wären. Hille besorgte sich darauf ein Ausreisevisum, das er anstandslos erhielt, und fuhr über Charkow, Kiew und die Grenzstation Schepetowka nach Berlin.

### Ueber die Gründe zur Verhaftung

werden verschiedene Mutmaßungen angestellt. Ein russisches Blatt schreibt, daß angeblich englische Ingenieure ihren deutschen Kollegen belastendes Material in die Schreibtische praktiziert hätten, das bei einer Revision gefunden worden sei. Das Berliner russische Emigrantenblatt „Rul" gibt als Grund der Verhaftung an, daß der leitende russische Ingenieur Werelenko dem Vertreter der G. P. U. im Donezrevier eine Einmischung in die Betriebsangelegenheiten verwehrt habe und daß sich die deutschen Ingenieure auf die Seite Werelenkos gestellt und deshalb auch mit ihm das Schicksal der Verhaftung geteilt hätten.

## Die afghanischen Orden.

Etwa hundert Auszeichnungen verteilt.

Eine lebhafte Auseinandersetzung in der Presse hat sich darüber entsponnen, von wem Auszeichnungen des Königs von Afghanistan entgegengenommen wurden. So war gesagt worden, außer dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler hätten auch der preußische Ministerpräsident Braun, der Kultusminister Becker und der Berliner Oberbürgermeister Böß den Herzogsmantel erhalten. Von allen drei Stellen aber wird, teilweise amtlich, festgestellt, daß sie die Orden zurückgewiesen hätten. Dagegen dürfte der dem Zentrum nahestehende Staatssekretär Weismann die afghanische Titelverleihung angenommen haben.

Tatsächlich hat, wie jetzt bekannt wird, der König von Afghanistan nahezu hundert Orden verteilt, die Herzogswürde auch noch an einige weitere Mitglieder der Reichsregierung. Eine niedrigere Stufe, mit welcher der afghanische Fürstentitel verbunden ist, erhielten sämtliche Reichsminister, Mitglieder der preußischen Regierung, Staatssekretäre und andere Personen, die mit Aman Ullah in Berlin in Berührung gekommen sind.

## Frankreich über den Antikriegspakt.

Antwort an die Vereinigten Staaten.

Über die von Paris erteilte Antwort auf die Vorschläge des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg zu einem allgemeinen Antikriegsvertrag ist amtlich nichts bekanntgegeben worden. Jedoch heißt es in amerikanischen Zeitungen, es werde in der Antwort zugegeben, daß das amerikanische Staatssekretariat mit Recht die Möglichkeit einer Ächtung aller Kriege und nicht bloß der Angriffskriege ins Auge fasse. Frankreich würde gewillt sein, einen derartigen Pakt zu unterzeichnen, wenn Staatssekretär Kellogg zwei Bedingungen annehmen würde: erstens, daß der Vertrag keine der Verpflichtungen aus dem Völkerbundstatut verletze, und zweitens, daß er keine der anderen bestehenden Verträge beeinträchtige. Im übrigen würde es Frankreich gern sehen, wenn ein Vertrag zustande käme, den zu unterzeichnen den kleinen Nationen ebenso wie den großen offenstünde. Frankreich möchte jedoch in dem Falle von seinen Verpflichtungen entbunden werden, in dem irgendeine Großmacht gegen Frankreichs Verbündete in Mitteleuropa in den Krieg ziehen sollte.

## Elternrecht und christliche Schule.

Platz für den Religionsunterricht.

Im Zirkus Busch zu Berlin wurde von der Deutschnationalen Volkspartei eine Kundgebung für Elternrecht und christliche Schule veranstaltet. Reichstagsabgeordneter Lehrer Schulze führte aus, wer die Einheit des deutschen Volkes herbeisehne, müsse für die evangelische und die katholische Volksschule eintreten. Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Martin Spahn betonte, daß es um den Erfolg in dem bald hundertjährigen Kampf um ein Schulrecht gehe, das die evangelische und die katholische Schule sichern solle. Darin könnten die Deutschnationalen nicht nachgeben. Es gehe ihnen aber ebensosehr darum, im deutschen Volke das Bewußtsein wieder wachzurütteln, daß es ein christliches Volk sei und die Grundprägung unseres Staatslebens immerdar christlich bleiben solle. Reichstagsabgeordneter D. Dr. Mumm hob hervor, daß die Entscheidung beim deutschen Volke liege. Wenn

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF